

14. VII. 1916

Graf Stefan Tisza über die Kriegslage

Folgt die Tagesordnung: Verhandlung des Budgetprovisoriums.

Berichterstatter Roland Hegebüs

weist darauf hin, daß dieselben Ursachen, die die Regierung und die Gesetzgebung bisher veranlaßt haben, während des Krieges anstatt des ganzjährigen Budgets nur ein halbjähriges Budgetprovisorium in Anspruch zu nehmen, auch jetzt unverändert bestehen. Als Motiv dient nicht nur die allgemeine Kriegslage, infolge deren auch die anderen kriegsführenden Staaten mehr oder weniger von einem In demnützigkeitsgesetz Gebrauch machen müssen, sondern noch zwei andere Umstände. Erstens sind außer den Kriegs- und Landesverteidigungsausgaben, die während des Krieges naturgemäß in keinem ordentlichen Budget eingereicht werden können, auch die Ausgaben der übrigen Portefeuilles mit Kriegsrelationen verbunden, so daß es kein Portefeuille gibt, das von den Kriegsausgaben losgelöst werden könnte. Zweitens sind die ohnehin an Zahl stark verminderten Arbeitskräfte der Ministerien durch die auf allen Gebieten zunehmenden Erlasse und Verfügungen so sehr in Anspruch genommen, daß man bei der Zusammenstellung des Budgets die Arbeit auf das Minimum reduzieren mußte, ohne daß natürlich die entsprechende Kontrolle dadurch Abbruch erleiden würde. Diese Umstände veranlassen den Finanzausschuß, dem Hause das Budgetprovisorium zur Annahme zu empfehlen. Der Berichterstatter beschäftigt sich sodann mit den Details, namentlich mit der Erhöhung der Biersteuer, die nichts anderes ist, als eine finanzielle Verfügung, wodurch die beiden bisher bestehenden Biersteuern vereinigt werden. Der Ausschuß legt Gewicht darauf, daß auch in Oesterreich die Biersteuer erhöht werde und die Erhöhung zu gleicher Zeit in Kraft trete wie bei uns.

Zum Schluß berührt Redner die vom Finanzminister heute unterbreiteten neuen Steuergesetze. Die Regierung ist bestrebt, die Steuern gerecht auf die einzelnen Gesellschaftsklassen, auf die verschiedenen Produzenten zu verteilen. Aufgabe der Gesellschaft ist es, die neuen Steuern als einen kategorischen Imperativ entgegenzunehmen. Die Steuerlasten kommen nicht den einzelnen Klassen, nicht der Nation, sondern der Erhaltung des ungarischen Staates zugute. Er empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme. (Lebhafte Beifall rechts.) Nun ergreift das Wort

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza,

dessen Rede wir an leitender Stelle des vorliegenden Blattes wiedergeben.

Abgeordneter Graf Michael Karolji

betont im Anschluß an die soeben verlesenen Ausführungen des Ministers des Aeußern, daß die Monarchie ausschließlich einen Defensivkrieg, einen Selbstverteidigungskampf geführt habe. Wir haben dieser Aufgabe in vollem Maße entsprochen und es ist diesem Ziele Genüge getan. Dennoch wollen wir auch weiter bis zur siegreichen Beendigung des Krieges mit derselben Ausdauer und Entschlossenheit wie bisher durchhalten.

Eben in diesen Tagen läuft der Handelsvertrag mit Oesterreich ab. Das sei ein glücklicher Umstand, der genügt werden müsse, nicht zu Expressionszwecken, sondern weil die Haltung des ungarischen Volkes in diesem Kriege zu der Hoffnung berechtige, daß seine gerechten Aspirationen erfüllt werden. Die Unabhängigkeits- und Achtundvierziger-Partei stehe auf der Grundlage des selbständigen Zollgebiets und hoffe, dies werde die erste Frucht sein, die der Krieg zeitigen werde. Der Umstand, daß wir kein selbständiges Zollgebiet haben, schädige das Land um viele Millionen jährlich. Nicht nur das Abgeordnetenhaus, auch die Fachkreise haben gegen das gemeinsame Zollgebiet Stellung genommen. Der Ausgleich, in dem auch die Frage des Zollgebiets beschloffen liege, dürfe keineswegs auf so lange Zeit geschlossen werden, wie er in Aussicht genommen sei. Wir wissen ja nicht, in welche Relation wir nach dem Kriege zu den übrigen Nationen geraten, wie wir zum Beispiel mit Deutschland oder mit Italien stehen werden. Aber der Ausgleich dürfe schon darum nicht langfristig geschlossen werden, weil dem auch ein technisches Hindernis entgegensteht: das Nichtfunktionieren des österreichischen Reichsrates. Redner äußert sich sodann über die Besitzpolitik und meint, diese bedürfe einer gründlichen Reform. Alle grundbesitzenden Klassen müssen hier Opfer bringen, ohne jeglichen Unterschied, allen voran aber die Besitzer der gebundenen Güter. Auch hält es Redner für ausgeschlossen, daß nach den großen Opfern nicht auch die weitesten Schichten der Nation des Wahlrechts teilhaftig werden. Was ist das Endziel des jetzigen Krieges? Mit der Bemerkung, daß wir ausschließlich einen Defensivkrieg führen, ist diese Frage nicht beantwortet. Redner fragt den Ministerpräsidenten, was die Vorbedingungen des Friedens seien, auf welche Territorien wir Anspruch erheben, was mit den eroberten Gebieten, was mit Serbien und Montenegro geschehen werde. Er wisse, daß der Ministerpräsident hierauf jetzt nicht ausführlich zu antworten vermöge, aber Ungarn habe ein Anrecht, wenigstens die Richtlinien kennen zu lernen, die in diesem Belang maßgebend seien. Die heutigen Aeußerungen des Ministerpräsidenten haben jedenfalls beruhigend gewirkt, namentlich die, daß wir die russische Offensive aufzuhalten vermögen. Indes gerade diese beruhigenden Aeußerungen berechtigen ihn, die Friedensfrage anzuschneiden.

Graf Julius Andrássy

ergreift im Namen der Verfassungspartei das Wort in erster Reihe deshalb, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Partei so wie bisher, auch in der letzten Phase dieses furchtbaren Krieges alles ins Werk setzen will, um in der Nation den energischen Willen zum Sieg, die Ausdauer und das Selbstbewußtsein, ohne die, trotz des aufopfernden Heldennutes der Truppen, ein Erfolg nicht erzielt werden kann, wach zu erhalten. Die Nation muß mit der gleichen Entschlossenheit hinter der Armee stehen, wie bisher, ohne Rücksicht auf die teilweise veränderten Verhältnisse. Mit des Geschickes Mächten läßt sich kein ewiger Bund schließen. Es fällt ja auch nicht schwer, in der Nation diese Entschlossenheit, diese Ausdauer wach zu erhalten. Wir haben keinen Grund zum Verzagen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in dem wirtschaftlichen Kampfe, auf den es ja unsere Gegner in erster Reihe abgesehen haben, einen großen Schritt vorwärts gegangen sind. Unsere Feinde glaubten, uns aushungern zu können. Diese Gefahr ist wieder beseitigt. Wir stehen vor der Ernte. Hoffentlich hat die Regierung alles getan, damit die neue Ernte vollständig im Dienste des öffentlichen Interesses stehe. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß Ungarn bis zur nächsten Ernte mit Getreide versehen sei, sondern es ist unsere Ehrenpflicht, ja es liegt in unserem eigenen egoistischen Interesse, auch dafür zu sorgen, daß unsere Bundes- und Waffengenossen, die Oesterreicher, das Nötige an Getreideprodukten von uns erhalten. Oesterreich ist auch im Frieden auf unsere Produkte angewiesen, und es ist nur natürlich, daß dies auch

im Kriege der Fall ist. Wir müssen mit derselben Gewissenhaftigkeit, mit derselben Hingabe und Liebe, wie für uns, auch für sie sorgen. Nimmt die Widerstandsfähigkeit in welchem der beiden Staaten der Monarchie immer ab, so bricht die ganze Monarchie zusammen. In diesem Kampfe leben und sterben wir zusammen. So wie wir gemeinsam bluten, müssen wir auch gegenseitig für uns sorgen.

Allein auch unsere militärische Lage ist nicht schlecht. Der Ministerpräsident hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir in der jüngsten Zeit entschiedene Mißerfolge erlitten haben und daß wir an mehreren Stellen der Ostfront den mächtigen Anprall der Russen nicht aufhalten konnten. Doch hat der Ministerpräsident, der die Verhältnisse kennt und weiß, daß er durch die Ereignisse nicht desaboniert werden darf, im Bewußtsein seiner ganzen Verantwortlichkeit die Hoffnung ausgedrückt, daß uns genügende Mittel zur Verfügung stehen, damit aus diesem Mißerfolg keine Katastrophe werde und damit wir das Vordringen der Russen zum Stehen bringen. Dies genügt vollständig. Wir hatten dort keine Offensive geplant. Halten wir das russische Vordringen auf, so ist damit unserem Ziele Genüge getan. Diesem momentanen Mißerfolg an der Ostfront steht aber der große Erfolg gegenüber, den wir auf dem italienischen Kriegsschauplatz errungen haben. Man darf nicht vergessen, daß Italien, als wir seine Angriffe gegen unsere Front blutig zurückschlügen, stets behauptete, daß das nicht von Bedeutung sei, und daß es von viel größerem Wert für Italien sei, daß die Italiener die Alpenpässe in Tirol fest in ihren Händen halten. Jetzt sind aber die Tiroler Pässe wieder in unserem Besitz und unsere Armee drang aus diesen Pässen bis hart an die italienische Ebene vor, wodurch auch die Front der Italiener vom Rücken bedroht wird. Infolge dieser Niederlage der Italiener ist auch die italienische Regierung gestürzt, die uns in den Rücken gefallen ist. Wir haben gar keine Ursache, zu verzagen. Wohl befinden sich einzelne Teile unserer Armee in einer schweren Lage. Allein unsere Hauptmacht ist unerschütterlich und fast überall in unangefochtenem Besitze der bisherigen Erfolge. Auch unsere Verbündeten schreiten entschieden vorwärts. Nicht darum handelt es sich, ob diese oder jene Feste erstürmt wird, sondern es handelt sich darum, welche Armee über die andere Herr werden wird. In dieser Hinsicht sind wir zu den größten Hoffnungen berechtigt. Mit Freude müssen wir auch der Seeschlacht gedenken, die gezeigt hat, wie kraftvoll die deutsche Flotte ist, und auch den Beweis erbracht hat, daß selbst auf der See die absolute Ueberlegenheit unserer Feinde nicht besteht. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Redner will sich noch mit einigen Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen. Was die Frage des Friedens betrifft, so hat Redner schon in seiner Rede während der vorigen Session des Abgeordnetenhauses festgestellt, daß die volle Verantwortlichkeit für die Fortsetzung des Krieges der Entente zufällt. Nur die Entente ist schuld, daß noch immer das Blut vieler Tausende vergossen wird. Die Friedensreden im ungarischen Abgeordnetenhaus und auch die Rede des Reichskanzlers haben in den Ententeländern kein Echo gefunden und stießen auf eine starke Zurückweisung. Die Friedensfreunde in den Ententeländern werden von der Entente-Prese auf das schmachlichste beschimpft. Sie schreien, sie wollen den Krieg so lange fortsetzen, bis Deutschlands Militärmacht gebrochen und bis die Monarchie zertrümmert ist. Darin liegt der große Unterschied zwischen uns. Wir setzen den Krieg nicht deshalb fort, um den Feind zu brechen, zu erniedrigen und das feindliche Land zu verheeren, sondern nur um unsere Existenz zu sichern. Wir waren nach unseren Erfolgen bereit, einen nüchternen Frieden zu schließen. Die Entente wies das energisch zurück und es besteht daher ein momentan unüberbrückbarer Gegensatz zwischen uns. Einstweilen bleibt uns nichts anderes übrig, als den Kampf hartnäckig bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen. (Lebhafte Beifall und Applaus von allen Seiten des Hauses.)

Redner will sich noch über die polnische Frage äußern. Der deutsche Reichskanzler hat schon zweimal erklärt, er sei nicht geneigt, Polen an Rußland zurückzugeben. Auch die englische und französische Presse betonten wiederholt, daß man Polen nicht an Rußland wieder angliedern kann. Es ist nur natürlich, daß auch wir den Standpunkt einnehmen, daß das befreite Polen nicht wieder an das Zarenreich zurückgegeben werden darf. Diese Erklärung genügt aber nicht. Wir müssen noch weiter gehen und betonen, daß wir unter keinen Umständen in eine Lösung einwilligen, der zufolge Polen neuerdings geteilt werde. Das sei ein Kardinalpunkt, eine der wichtigsten Fragen der Weltpolitik. Wir Ungarn wissen am besten, was es heißt, wenn ein zusammenhängender Gebietsteil getrennt wird. Diese Division mußte das unglückliche Polen mitmachen. Jetzt fühlt es die furchtbaren Folgen, denn oft kam es vor, daß während des gegenwärtigen Krieges polnische Brüder sich gegenseitig anschossen. Es lebt in der ganzen polnischen Nation die nervöse Besorgnis, Polen könnte neuerdings geteilt werden. Wir müssen in dieser Hinsicht das polnische Volk beruhigen, damit wir sein seelisches Gleichgewicht retten. Um wir das nicht und nimmt diese Besorgnis im Kreise der polnischen Nation größere Dimensionen an, so treiben wir die Polen in die Arme des Panславismus, was vom ungarischen Gesichtspunkte die größte Blindheit wäre. Die Polen hatten vor dem Kriege alle Hoffnung aufgegeben, daß sie je vom russischen Joch befreit werden. Es entstand daher unter ihnen eine Strömung, die einen modus vivendi suchte. Eine ganze Literatur besteht, welche diesem Zwecke dient und die in dem gemeinsamen Deutschhass einen Ausgleich zwischen den polnischen und russischen Gegensätzen zu finden suchte. Unter solchen Umständen müssen wir alle Mittel ins Werk setzen, damit diese Strömung sich nicht der Seele des polnischen Volkes bemächtigt. Man darf nicht zulassen, daß die Polen sich in den Dienst des Slaventums stellen. Man hat während des Krieges alles angewendet, um die Polen für die Russen zu gewinnen. Selbst der harte Nikolajewitsch wurde weichmütig zu den Polen. Man hat ihnen alles versprochen. Das polnische Volk glaubt aber an diese Versprechungen nicht und selbst die russophile Literatur der Polen muß feststellen, daß Rußland noch nie seine Versprechungen Polen gegenüber gehalten hat. Redner fürchtet sich daher nicht, daß diese Agitation Erfolg haben wird, außer wenn wir selbst dieser Agitation Waffen in die Hand geben. Wird aber unser Sieg der größte Schlag für Polen, so wird die polnische Nation mit aller Kraft und in voller Leidenschaft sich gegen uns wenden. Wer ihre Verbindungen, ihre Agitation, ihre revolutionäre Praxis, ihren glühenden Patriotismus, der jetzt wieder erneut auferstanden ist, kennt, darf nicht die schädlichen Wirkungen geringschätzen, die erwartet werden können, wenn das polnische Volk sich gegen uns wendet und sich auf das Prinzip der slavischen Solidarität stellt. Redner verlangt vom Ministerpräsidenten in dieser Frage keine Ant-

wort, doch hielt er es für seine Pflicht, diese seine Ansicht vor der Öffentlichkeit anzunageln. Das ist die Vorbedingung, das sine qua non für die Lösung der polnischen Frage. Wie diese Lösung dann erfolgen soll, gehört gegenwärtig nicht vor die Öffentlichkeit und eine öffentliche Diskussion würde der Sache nur schaden. Das Budgetprovisorium lehnt Redner ab. (Lebhafte Beifall und Applaus links.)

Abgeordneter Stefan Szabo (Magyarok)

bemängelt die schädliche Besitzpolitik, die aber dennoch die erfreuliche Vermehrung der Bevölkerung nicht zu verhindern vermag, trotz allem Auswanderungsübel, das hoffentlich nach dem Kriege in ein Rückwanderungsheil umschlagen werde. Die Politik, die dem Großgrundbesitz alles zuschänze und dem Kleinbesitz fast alles nehme, müsse sich wandeln, umjomehr, als je schon vor dem Kriege Mangel an Arbeitern, besonders an landwirtschaftlichen Arbeitern, fühlbar gewesen sei. Den etwai-gen Schrecken der Nachkriegsepöche, die den Arbeitermangel nicht beheben werde, müsse rechtzeitig vorgebeugt werden, was in erster Linie durch radikale Aenderung der Besitzpolitik zu geschehen habe. Redner lehnt die Vorlage ab. Die Sitzung wird unterbrochen.